



## AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Landhaus, A-6901 Bregenz

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 W i e n

|                         |                           |
|-------------------------|---------------------------|
| Schriftl. GESETZENTWURF |                           |
| Zl.                     | 77-GE/989                 |
| Datum:                  | 21. NOV. 1989             |
| Verleitet:              | 24. Nov. 1989 <i>Teit</i> |

Auskünfte:

Dr. Schneider

Tel. (05574) 511

Durchwahl:

2064

*L. Hajek*

Aktenzahl: PrsG-4561  
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 14. November 1989

Betrifft: Betriebspensionsgesetz;  
Entwurf, Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 7. September 1989, Zl. 30.100/87-V/1/89

Gegen den übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem betriebliche Leistungszusagen gesichert (Betriebspensionsgesetz - BPG), das Arbeitsverfassungsgesetz und das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz geändert werden, werden keine Einwendungen erhoben.

Gleichzeitig wird folgendes angemerkt:

Derzeit gibt es einen Vorentwurf eines Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die beschränkte Pfändung von Forderungen in der Exekutionsordnung getroffen werden (EO-Nov 1990). Ziel dieser Reform ist die Vereinfachung des Rechts der Lohnpfändung u.a. durch Regelung der Lohnpfändung in einem Gesetz. Da in den Erläuterungen zu § 4 BPG u.a. auch auf das Lohnpfändungsgesetz Bezug genommen wird, welches durch die erwähnte EO-Nov 1990 selbst weitestgehend geändert wird, stellt sich die Frage, ob die beiden Gesetzentwürfe aufeinander abgestimmt wurden.

Außerdem wäre zu überlegen, ob nicht in den § 19 BPG zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten, welche für Arbeitnehmer oft mit untragbaren Kosten verbunden sind, eine Bestimmung aufgenommen werden sollte, die die Risiko-

- 2 -

tragung einer falschen Auskunft - auf die sich der in der Regel nicht rechtskundige Arbeitnehmer unter Umständen durch Jahre hindurch verläßt - regelt.

Schließlich enthält der vorliegende Entwurf wiederholt - z.B. in den §§ 5, 7 und 14 - den Terminus "Unverfallbarkeit". Indem dem Wort "Verfall" die Vorsilbe "un" vorangestellt wurde und gleichzeitig die beiden Nachsilben "bar" und "keit" angehängt wurden, ist ein "Begriffsmonster" entstanden, das nur noch für Eingeweihte verständlich ist. Jedem Durchschnittsbürger hingegen wird dieser neu geschaffene Terminus rätselhaft bleiben. Der Begriff "Unverfallbarkeit" ist nach unserer Auffassung ein Paradebeispiel für eine schlechte Wortschöpfung und sollte daher entweder durch einen anderen Begriff ersetzt oder zumindest umschrieben werden.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

Dr. Guntram Lins, Landesrat

- a) Allen  
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das  
Präsidium des Nationalrates  
  
1017 W i e n  
(22-fach)  
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-  
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das  
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst  
  
1010 W i e n
- d) An alle  
Ämter der Landesregierungen  
z.H. d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die  
Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der NÖ. Landesregierung  
  
1014 W i e n
- f) An das  
Institut für Föderalismusforschung  
  
6020 I n n s b r u c k

zur gefälligen Kenntnissnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:  
Der Landesamtsdirektor:

Dr. E n d e r

F.d.R.d.A.

*Hinterberger*